

# Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.  
Publikationsorgan der Berufsrankenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50 % Rabatt	Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b III Zern'brecher: Amt Morikplatz Nr. 2120	Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten
---	--	---

### Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse. Treue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 29 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 17. Juli in Händen der Redaktion sein.

### Die Schlußabrechnung der alten Verbände.

Der Sattler- und Portefeuller-Verband im 1. Quartal 1920. Januar, Februar, März, April.

Die Schlußabrechnung des Sattler- und Portefeullerverbandes liegt vor; wir geben nachstehend die wichtigsten Ergebnisse derselben bekannt. Das 4. Quartal 1919 schloß ab mit einem Mitgliederbestand von 25 652, davon 5718 weiblichen. Im Laufe der vier Monate Januar, Februar, März, April sind neueingetreten 5324 und angemeldet haben sich 213, das ergibt eine Gesamtmitgliederzahl von 31 189. Davon sind abzurechnen: Ausgeschlossen 2450, abgemeldet 458, zusammen 2908, so daß der effektive Bestand an Mitgliedern 28 281 betrug, darunter sind 6 594 weibliche. Es ist somit zu buchen ein Mehr von Mitgliedern in diesen vier Monaten von 2 629.

Diese Zahlen sind lehrreich, denn sie zeigen uns, daß wir noch immer an dem alten Uebel leiden. Die Orte geben sich viele Mühe, Mitglieder zu werben, es gelingt ihnen auch, aber es ist nicht möglich, die Mitglieder dauernd an den Verband zu fesseln, der Fluktuation zu steuern, die schon immer unser Neger war. Die alte Fehlerquelle zu beseitigen wird uns noch viele Mühe machen. Wir müssen uns ernstlich daran machen, Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an den Aufgenommenen zu verrichten, damit sie dem Verband möglichst dauernd gewonnen werden.

Es soll nicht verkannt werden, daß unter den Neuaufgenommenen auch ein gewisser Prozentsatz jener unsicheren Kantontisten sich befinden, die schon oft die Verbandsmitgliedschaft erworben und dem Verband schon nach kurzer Zeit wieder den Rücken kehren. Beständigkeit ist ihnen ein unbekannter Begriff. Und doch muß jeder Arbeiter wissen und erkennen lernen,

daß uns nur Beharrlichkeit und Ausdauer nützen und zu Erfolgen verhelfen kann. Sogenannte Eintagsfliegen können dem Verband nichts nützen, wir brauchen Mitglieder, die solidarisch denken und handeln gelernt haben. Es gilt, die neuen Mitglieder ständig im Auge zu behalten, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und mit ihnen wahrhaft kollegial zu verkehren. Wenn wir den Sozialismus verwirklichen und zur Einführung bringen wollen, müssen wir bei uns zuerst anfangen. Es gibt dafür keinen besseren Rat als den: Benimm dich gegenüber deinen Kollegen und Mitarbeitern stets so, wie du selbst es wünschst von ihnen behandelt zu werden. Sei gut und freundlich, geize nicht mit Rat und Tat, wo du ihnen hilfreich beispringen kannst, tue es und es wird ein gutes, wahrhaft kollegiales Verhältnis hergestellt werden, das Früchte trägt.

Die Einnahmen des Verbandes ergaben folgendes Resultat:

Eintrittsgelder . . . . .	Mk.	3 623,05
Beiträge . . . . .	"	464 544,30
Sonstige . . . . .	"	3 430,65
Gesamt . . . . .	Mk.	471 598,00

Wenn wir bedenken, daß im 4. Quartal 1919 an Beiträgen 205 970 Mk. eingingen, so können wir wohl mit Recht sagen, die Beitragszahlung ist im allgemeinen eine gute, wenn wir auch berücksichtigen, daß diese Abrechnung nicht drei, sondern vier Monate umfaßt.

An Ausgaben sind zu verzeichnen: Unterstützung auf der Reise 98 Mk., an Arbeitslose 14 164,20 Mk., an Kranke 9259,40 Mk., Sterbegeld 3425 Mk., an die Hauptkasse wurden eingesandt 396 336,25 Mk.

Den Lokalkassen verblieb ein Anteil von den Beiträgen von 86 940,65 Mk., außerdem vereinnahmten dieselben aus den Unterstützungskassen 26 667,64 Mk. und Sonstiges 2380,20 Mk., zusammen 115 988,49 Mk.

Die wesentlichsten Ausgaben der Lokalkassen waren: für Agitation 8573,10 Mk., Arbeitsnachweis 1309,83 Mk., Kartellbeiträge 6721,60 Mark, Bildungszwecke 1437,90 Mk., Verwaltungskosten 93 366,02 Mk., davon sind sächlich 19 243,29 Mk., persönlich 74 122,73 Mk.

Die lokalen Unterstützungskassen hatten am Schluß des 4. Quartals 1919 einen Bestand von 173 221,26 Mk. An Ertragsbeiträgen wurden eingenommen 108 606,82 Mk. Sonstige Einnahmen 20 158,77 Mk. Insgesamt 30 198 6,85 Mk.

Unter den Ausgaben dieser Kassen sind hervorzuheben: Unterstützung auf der Reise 17,50 Mk., Arbeitslose 6458,95 Mk., Krankenunterstützung 2961,70 Mk., Streikunterstützung 21 308,11 Mark, Gemäßregelunterstützung 150 Mk., Notfallunterstützung 9470,02 Mk., Streiks in anderen Berufen 910 Mk., sonstige Unterstützungen 902,20 Mk., Verwaltung 26 667,64 Mark, Gewerkschaftshäuser 734,90 Mk., Sonstiges 6091,89 Mk., insgesamt 75 672,91 Mk.

Die Abrechnung der Hauptkasse weist aus: Einnahme und Ausgabe 618 366,33 Mk. Unter den Ausgaben sind zusammenfassend zu erwähnen:

Agitation (Gaulleitungen) . . . . .	Mk.	28 074,99
Zeitung inkl. „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ . . . . .	"	34 085,99
Verwaltungskosten (sächlich) . . . . .	"	7 326,21
Verwaltungskosten (persönliche) . . . . .	"	17 597,02
Streiks und Lohnbewegungen . . . . .	"	72 449,26
Umzug-, Notfall-, Gemäßregelunterstützung . . . . .	"	4 139,90
Verbandsstag . . . . .	"	13 098,25
Reichsarbeitsgemeinschaft und Tarifkommission . . . . .	"	10 573,90
Der Vermögensausweis ergibt:		
Bestand der Hauptkasse . . . . .	Mk.	882 942,46
In den Orten . . . . .	"	12 507,94
Gaulleitungen . . . . .	"	63,13
Darlehenskonto . . . . .	"	400,00
Hypotheken u. Volksfürsorge . . . . .	"	162 600,00
Summa Mk.		1 058 513,53

Am Jahresschluß betrug der Vermögensausweis 891 664,89 Mk., somit ist eine Zunahme von 166 848,64 Mk. zu verzeichnen.

Die Abrechnung des Tapeziererverbandes für Januar, Februar, März und April 1920.

Die Schlußabrechnung des Tapeziererverbandes liegt ebenfalls vor und zeigt folgendes Bild:

Das 4. Quartal 1919 schloß ab mit einer Mitgliederzahl von 12 893 (darunter 1299 weibliche). Das erste Quartal schließt ab mit 14 534 Mitgliedern (darunter 1564 weibliche). Die Mitgliederzunahme beträgt somit 1641. Die Mitgliederbewegung zeigt im einzelnen folgende Zahlen: Eintritte 2915, zugereist 420, vom Militär zurück 211, Zugang 3546. Ausgeschlossen 658, ausgestreut 661, abgereist 536, zum Militär 10, gestorben 40, Abgang 1905. Was dazu an anderer Stelle gesagt ist, trifft im allgemeinen auch hier zu.

Die Einnahmen der Hauptkasse waren folgende: Eintrittsgelder 1947 Mk., laufende Beiträge 263 707,40 Mk., sonstige Einnahmen 33,80 Mark, insgesamt 265 688,60 Mk. Die Ausgaben der Filialen für die Hauptkasse sind folgende:

Reiseunterstütz. . . . .	Mk.	149,75	Arbeitslos.-Unt.	24 149,35
Krankenunterf. . . . .	4 795,25	Sterbegeld	3 897,00	
Umzugsunterf. . . . .	325,00	Streikunterf.	28 979,71	
Lohnbew.-Kost. . . . .	4 154,52	Gemäßreg.-Unt.	1 188,25	
Sonst. Unterf. . . . .	660,00	Sonst. Ausgab.	551,45	

Den Lokalkassen sind 47 063,28 Mk. als Beitragsanteil verblieben. Der Hauptkasse wurden eingesandt 177 638,74 Mk., den Gauen wurden aus der Hauptkasse 14 728,55 Mk. gesandt. Die Ausgaben der Gauen beziffern sich auf 13 717,96 Mk.

Die wesentlichsten Einnahmen der Filialen waren folgende: Bestand vom 4. Quartal 115 137,82 Mk., hierzu Einnahmen 142 233,91 Mark, Summe 257 371,73 Mk. Die Ausgaben

der Lokalkassen betragen 114 557,14 Mf., so daß ein Kassenbestand verbleibt von 142 814,59 Mf.

Der Rechnungsabluß der Hauptkasse ergibt folgendes Bild:

Bestand in der Hauptkasse . . . . .	Mf. 285 038,72
In den Orten zurückbehalten . . . . .	1 681,44
Bestand in den Gaukassen . . . . .	2 562,32
Bestand in den Lokalkassen . . . . .	142 814,59
Gesamtvermögen . . . . .	Mf. 432 097,07

Mit dem 1. Mai 1920 trat nun der gemeinsame Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller ins Leben. Nach der Schlußabrechnung der beiden nunmehr verschmolzenen Verbände muftert er eine Mitgliederzahl von 4 281 5, darunter sind 8158 weibliche.

Der Vermögensausweis beträgt laut Schlußabrechnung beider Verbände 1 490 610,60 Mf.

Künftig wird nun die Kassenführung und Abrechnung des Verbandes selbstverständlich eine einheitliche sein. Aus dieser Schlußabrechnung ist wohl zu ersehen, daß unser Zusammenschluß eine ganz ansehnliche Kämpfercharakter unter seinem Banner vereinigt, die einen Machtfaktor bildet. Fast 43 000 Mitglieder und 1 1/2 Millionen Mark Vermögen können nicht übersehen werden.

An uns liegt es, die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu interessieren und zu ständigen Mitgliedern zu machen.

### Die Erwerbslosenfürsorge.

Eine alte Forderung der Massenbewußten Arbeiterschaft war in den Jahren vor dem Krieg die, daß Gemeinde oder Staat die Sorge für solche Personen übernahm, welche ohne ihr Verschulden Arbeit und Brot eingebüßt hatten.

Es war dies eigentlich eine selbstverständliche Forderung und aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß den dauernden Gewinn aus dem von ihr geschaffenen Produkten nicht die Arbeiterschaft hat, sondern das Kapital, die Unternehmer. Daß diese also auch in den Zeiten der Krise für ihre Ausbeutungsobjekte aufzukommen haben. In früheren Zeiten, als die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch nicht so kraß in die Erscheinung traten, hatte das Kapital allen Grund, die Arbeiterschaft bei guter Laune zu erhalten. Als sich aber infolge der ökonomischen Entwicklung der Reichen von den Armen immer mehr abhoben und das Proletariat immer größer wurde, entthob eben diese Entwicklung den Kapitalisten von der Verpflichtung für Arbeit zu sorgen, auch wenn nichts zu tun war. Die „industrielle Reservearmee“ lieferte dem Unternehmertum jederzeit genügend Arbeitskräfte. Und deshalb fehlte man auch der Einführung einer gesetzlichen Erwerbslosenfürsorge, den schärfsten Widerstand entgegen. Hat nun der Krieg mit der proletarischen Reservearmee aufgeräumt? — Zwei Millionen Tote ließ Deutschland auf den Schlachtfeldern. — Die Revolution schuf das Fundament, auf dem die Erwerbslosenfürsorge, jene alte Forderung der Arbeiterschaft, eingeführt werden mußte. Unter dem Druck der Ereignisse gab man den Arbeitslosen vom ersten Tage seiner Arbeitslosigkeit an die Mittel, um für sich und die Seinen den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Was soll denn ein Arbeiter, der Frau und ein Kind zu versorgen hat, anfangen mit 78 Mf. pro Woche, in einer Stadt wie Leipzig? Die Hauptsache aber ist, man bekam etwas bei Arbeitslosigkeit.

Lange sollte dieser Zustand nicht anhalten. Als im vergangenen Jahre die Reaktionen langsam wieder erstarbte, wich die Koalitionsregierung Schritt für Schritt vor den Arbeiterfeinden zurück. Jedesmal unter Preisgabe irgendeines Zieles der Revolution. So ging man auch der verhassten Erwerbslosenfürsorge zu Leibe. In ihrem Unterstüßungsjahre folgte sie ganz und gar nicht den jeweiligen Preisen der notwendigen Lebensmittel. Der Arbeitslose mußte, trotz der Unterstützung, den Hungerriemen immer enger schnallen. Dann ging man an vielen Orten dazu über, für zwei oder drei arbeitslose Tage nichts zu gewähren, sondern erst nach vollendeten sechs Tagen.

Dann kam das Schönste. Durch Verfügung des Arbeitsministeriums vom 30. April d. J. ist für den Bezug der Erwerbslosenfürsorge eine Wartepflicht vorgehoben von sechs Tagen für alle die, deren letzte Beschäftigung die Dauer von sechs Wochen überschreitet. Wer also jetzt arbeitslos wird, muß vierzehn Tage warten, ehe er überhaupt etwas erhält. Dann bekommt er nur für sechs Tage ausgezahlt. Ist es an sich schon ein Kunststück bei regelrechtem Verdienst in heutiger Zeit auszukommen, so ist es

schleierhaft, von was ein Arbeitsloser in den ersten zwei Wochen der Arbeitslosigkeit leben soll. Gewiß, wir sind als Staat sehr verarmt, gepart muß werden, aber warum denn immer dort Abstriche machen, wo es die Ärmsten trifft?

Es werden jetzt Erhebungen angestellt, über die Höhe der Unterstützung, die ein Arbeitsloser aus seiner Gewerkschaft erhält. Verweigert ein Befragter die Auskunft, oder ist dieselbe für die Behörde nicht zufriedenstellend, so recherchiert sie bei dem betreffenden Verband direkt. Dieses Vorgehen der Behörden stützt sich auf einen Passus in den Ausführungsbestimmungen zur Erwerbslosenfürsorge, der besagt, daß wenn ein Arbeitsloser eine freiwillige Versicherung gegen Arbeitslosigkeit usw. eingegangen ist, derselbe in der Höhe von 1/2 des Gesamtbetrages auf die staatliche Erwerbslosenfürsorge anzurechnen ist. Das geschieht in der ganz ungeroßer Weise. Wenn ich also 8 Mf. aus dem Verbände 18 Mf. Unterstützung zu erhalten hätte pro Woche, so bekomme ich nur 6 Mf. während 12 Mf. bei der staatlichen Unterstützung in Anrechnung gebracht werden. Der Staat hier also spart. Je höher die Höhe der Unterstützung bei den Verbänden sind, desto höher auch die Abzüge zugunsten der beherrschenden Unterstützung. Ist das recht? Schließlich kommt auch die Pflichtkranken- kasse und verlangt, daß die Unterstützung, die ich im Krankheitsfalle aus einer freiwilligen Versicherung bei einer anderen Kasse erlange, angerechnet wird bei den Säben der Pflichtkasse. Damit wird doch der Zweck meiner zweifachen Versicherung illusorisch gemacht! Man wende nicht ein, daß ich nichts zahle zur Erwerbslosenfürsorge, während zur Krankenkasse jede Woche gezahlt werden muß. Dem entgegen ist, daß die Mittel zur Erwerbslosenfürsorge aus Steuern gedeckt werden, zu welchen der Arbeiter doch sein Teil beitragen muß.

### Keine Unorganisierten mehr!

Die Unorganisierten sind der Feindschuh jedes Fortschritts. Es ist ihre Schuld, wenn nach Berufs- genossen zu niedrigen Löhnen in schlechten, ungesunden Werkstätten arbeiten und ihre Gesundheit ruinieren müssen.

Die Wohnungsnot hat dazu geführt, daß die schlechtesten ungeeignetsten Kellerhöhlen wieder als Werkstätten benutzt werden. Unzureichende Arbeitsräume, ungenügende Ernährung zehren an Eurem Mark. Lungentränkheiten, Rheumatismus sind die unausbleiblichen Folgen.

Nur die Organisation kann hier Abhilfe schaffen, deshalb schließt Euch an.

### Keine Unorganisierten mehr!

Jetzt ist etwas in Vorbereitung, was die Erwerbslosenfürsorge auf ein ganz anderes Gleis schiebt. Es soll eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Dann müssen wöchentlich Wartens geklebt werden usw. Jedenfalls muß dann auch der Arbeiter die meisten Lasten tragen.

Was will nun die Regierung mit den angeführten Maßnahmen? Versucht sie damit die Gewerkschaften zu spargen? Bei manchen Gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besteht die Meinung, der Verband habe nur Zweck für sie, wenn er recht hohe Unterstützungen zahlt. Wenn nun die Behörde dies illusorisch macht, dann hat doch die ganze Sache keinen Wert. Dann erhält ja der Unorganisierte fast genau soviel als der Organisierte! Ich sage „fast“, denn die paar Mark, die das Verbandsmitglied pro Woche mehr erhält, können niemand reizen. Sprechen so die einen, so so sagen die andern: Jetzt ist die richtige Zeit, um die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit innerhalb der Verbände abzusprechen. Die Behörde bestmündet sie uns so wie so bis auf einen kleinen Rest und den brauchen wir auch nicht. Lieber wollen wir daher dem Kampfscharakter unserer Organisation aufs kräftigste hervorheben, anstatt der Behörde selbst noch die Mittel zu liefern, mit deren Hilfe sie uns immer noch elender macht. Jetzt müssen wir bestrebt sein, alles aufs energichste zusammenzufassen was uns Rückhalt gewährt. Das ist vor allem die Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen, wo so wie so die Erwerbslosenfürsorge versagt. Diesen Gründen werden sich schließlich die nicht verschließen können, die bisher ausgemachte Freunde der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften waren. Nennsichliche Gemüter erwägen auch die Möglichkeit, daß die Erwerbslosenfürsorge gänzlich abgebaut werden könnte. Sollte das so kommen, ist es dann etwa eine Gasse, wenn ich aus meinem Verbände 18 oder 21 Mf. pro Woche auf die Dauer von 8 Wochen erhalte bei dem heutigen Kosten auch der geringsten Lebensweise? Darum fort mit dieser Unterstützung, nach der jetzt der Staat die Hand ausstreckt und bei der wir unsere kostbaren Gelder in für den einzelnen nichtsagenden

Posten verausgeben, während uns hierdurch bei Kämpfen vorzeitig der Atem ausgehen könnte.

Freilich läßt sich die Sache nicht durch einen Zeitungsartikel erledigen. Es gibt Schwierigkeiten genug, wenn es gilt mit einer alten Einrichtung zu brechen. Auch kann das wohl ein Verband nicht gut allein machen, indes die Anregung kann und muß meiner Ansicht nach gegeben werden. Was sich überlebt hat, muß verschwinden. Nur der Fortschritt schafft uns neue Waffen in die Hand! Bringen wir unserem Idealismus das Opfer des Verzichts auf eine liebgewordene Einrichtung. Die Gecur sammeln Gelder, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Gaben wir das etwa nicht nötig?

Max Dambach.

### Der Steuerabzug vom Lohn.

Der Protest, der in Arbeiter- und Angestelltenkreisen gegen den 10prozentigen Steuerabzug erhoben wurde, hat Erfolg gehabt. Am 6. Juli hat der Reichstag folgende Änderungen des Einkommensteuergesetzes beschlossen. § 45 erhält als Ergänzung § 45a, b, c. Diese lauten:

§ 45a. Bei den ständigbeschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45

- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 5 Mf. täglich,
- b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen für 30 Mf. wöchentlich,
- c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten für 125 Mf. monatlich

zu unterbleiben.

Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Abs. 2

- in dem Falle des Abs. 1, a um 1,50 Mf.,
- in dem Falle des Abs. 1, b um 10,— Mf.,
- in dem Falle des Abs. 1, c um 40,— Mf.

Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1, 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anrufen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamts nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstage angerufen, so ist der Abzug in vollem Umfange des § 45 vorzunehmen.

§ 45b. Arbeitnehmer, die nicht unter § 45a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertsatz des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertsatz nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 Proz. des Arbeitslohnes in Abzug zu bringen.

§ 45c. Uebersteigt der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45a den Betrag von 15 000 Mf., so gilt für den einzubehaltenden Betrag nachstehender Tarif:

von 15 000 bis 30 000 Mf.	15 Proz.
„ mehr als 30 000 „ bis 50 000 Mf.	20 „
„ „ 50 000 „ 100 000 „	25 „
„ „ 100 000 „ 150 000 „	30 „
„ „ 150 000 „ 200 000 „	35 „
„ „ 200 000 „ 300 000 „	40 „
„ „ 300 000 „ 500 000 „	45 „
„ „ 500 000 „ 1 000 000 „	50 „
„ „ 1 000 000 „	55 „

### Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

### Artikel 3.

Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

### Zum 25. Verbandstag des Innungsverbandes deutscher Tapezierer.

Vom 1. bis 4. August wird in Dresden die Entscheidung fallen, ob sich die Tapezierer auch im Unternehmerlager mit den Sattlern vereinigen. Der Bayerische Landesverband und die Innung Frankfurt a. M. haben diesbezügliche Anträge gestellt. Im allgemeinen scheint man in den Kreisen der Tapezierermeister der Verschmelzung mehr Antipathie als Neigung entgegenzubringen. Der

Preis für die Zeitung soll künftig 24 Mk. jährlich betragen.

Von allgemeinen Anträgen sei erwähnt: Breslau will, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte im Tapezierergewerbe ganz freigestellt, oder doch stark eingeschränkt wird. Der Bundesvorstand soll ferner Sorge tragen, daß die Reichswirtschaftsämter die Innungen und Handwerker-Genossenschaften besser beliefern. Ferner soll derselbe der Pfuscharbeit der Gehilfen seine Aufmerksamkeit widmen. Man will die Lieferanten verpflichten, an Nichtselbständige nicht mehr zu liefern, andernfalls sollen sie selbst befristet werden. Ueberhaupt die Pfuscharbeit, hat sie denn tatsächlich einen solchen Umfang, daß sich der Sturmlauf rechtfertigt, der neuerdings wieder von den Unternehmerzeitschriften dagegen unternommen wird? Sowohl das Organ des Tapeziererbundes wie das des Sattlerbundes brachten jüngst eingehende Artikel gegen die Pfuscharbeit. Wir sind auch der Meinung, daß diese vom Uebel ist. Freilich ist Voraussetzung ein Verdienst, der zur Versorgung einer Arbeiterfamilie ausreichend ist. Wie sieht es damit ihr Herren vom Handwerk?

sich über Einzelheiten, sowie über den Schluß des Streiks beim Vorstand zu erkundigen. Kollegen, wir sind nicht als Besiegte aus dem Streit gegangen, denn wir haben eine Lohnzulage von 20 Proz. erreicht!

Laßt den Kopf nicht hängen, auch diese Krisis geht vorüber, dann kommen wieder andere Zeiten. Dann werden wir unsere Forderungen durchdrücken. Ueber kurz oder lang muß der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden. Der Kapitalismus kann uns nicht aus dem Chaos, in das er uns hineingetrieben hat, herausholen. Darum auf, besucht die Versammlungen, wacht aus dem Krisenschlaf, rüstet, damit wir, wenn wieder eine Aktion notwendig wird, gewappnet dastehen.

Die Ortsverwaltung.

### Sitzung des Tarifamtes für die Treibriemenindustrie.

Am 9. Juli fand die vertagte Sitzung des Tarifamtes statt. Betreffend die Feuerungszulage wurde beschlossen: Sofern an einzelnen Orten die bisher gezahlte Feuerungszulage nicht ausreicht, um den wirtschaftlichen Verhältnissen zu genügen, ist die Bezirksfachlichtungskommission auf Antrag berechtigt, eine höhere Feuerungszulage bis Ablauf des jetzigen Reichstages (30. September 1920) festzusetzen.

Zur Entschädigung der Kurzarbeiter wurde folgendes beschlossen: Es wird den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht, die Kurzarbeit vom 1. Juli bis 30. September 1920 einschließlich für ausfallende Arbeitszeit unter 40 Stunden die Woche mit 50 Proz. des Mindeststundenlohnes zu vergüten. Bei ganztägiger Stilllegung des Betriebes fällt diese Verpflichtung fort.

### Das Handwerk und seine Forderungen.

Der Ausschuß des Reichsverbandes des deutschen Handwerks stellt die grundsätzlichen Forderungen, die das Handwerk an die politischen Parteien zu stellen hat, in folgendem Programm zusammen:

1. Anerkennung des Handwerks als durchaus selbständiger, gleichberechtigter Erwerbsstand neben Industrie, Handel und Landwirtschaft.
2. Unbeschränktes Recht der Selbstverwaltung des Handwerks und seiner Berufsvertretungen in allen Handwerkerfragen, Schutz und Ausbau der geschlichen Handwerksorganisation, wie Handwerks- und Gewerbetammer, Innung, Fachverband und Gewerbeverein. Anerkennung und grundsätzliche gutachtliche Einbernahme des Reichsverbandes des deutschen Handwerks als der allein maßgebenden Spitzenvertretung des gesamten selbständigen Handwerks.
3. Einschaltung der berufsständischen Vertretungen des Handwerks bei der Lösung staatlicher Aufgaben, Heranziehung des Handwerks zur Mitarbeit in allen auf berufsständischer Grundlage zu erreichenden Körperchaften.
4. Abbau der behördlichen Zwangswirtschaft, Sicherstellung des für das Handwerk notwendigen Feiles an Rohstoffen und Betriebsmitteln, soweit erforderlich durch Einschaltung berufsständischer Selbstverwaltungsgörper.
5. Unbedingte Ablehnung jeder Kommunalisierung und Sozialisierung des Handwerks und Gewerbes, Beseitigung aller Regiearbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.
6. Ausbau des Reichswirtschaftsrates zu einem vollwertigen berufsständischen Parlament, angemessene Vertretung des Handwerks im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten.
7. Anerkennung und Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens.
8. Errichtung einer selbständigen Abteilung für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium.

Durch Zusammenfassung der Handwerkerverbände innerhalb bestimmter Wirtschaftsgebiete, mit den dort bestehenden Handwerkervertretungen, soll der Unterbau für den Reichsverband geschaffen werden.

Der Ausschuß nahm weiter einen Bericht seines Sonderausschusses entgegen und gab seine Zustimmung zu einer alle Berufe umfassenden Neuordnung der beruflichen Ausbildung der Jugendlichen. Er verlangt aber für die organisatorische Regelung dieser Frage, daß auf jeden Fall die amtlichen Berufsvertretungen als die maßgebenden Organe für die Regelung des Lehrlingswesens innerhalb der einzelnen Berufsgruppen beizubehalten sind, wobei der Mitarbeit der Arbeitnehmervertretungen auf paritätischer Grundlage zugestimmt wird.

Die Bildung neuer Organisationen zur ausschließlichen Regelung des Lehrlingswesens wurde abgelehnt.

Daß die Handwerker bemüht sind, ihre Interessen energig wahrzunehmen, kann man verstehen. Weniger verständlich ist der engherzige, partikularistische Standpunkt, den diese Kreise immer noch grundsätzlich vertreten.

Da sei nur hervorgehoben: Abbau der behördlichen Zwangswirtschaft.

Unbedingte Ablehnung jeder Kommunalisierung und Sozialisierung des Handwerks und Gewerbes. Beseitigung aller Regiearbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.

Bei oberflächlicher Betrachtung der Art und Weise, wie die Regelung der Lehrlingsfrage geplant wird, kann mancher denken, der Passus, daß der Mitarbeit der Arbeitnehmervertretungen auf paritätischer Grundlage zugestimmt wird, bedeute eine Konzession an die modernen Forderungen der Arbeiter.

Das dürfte aber nicht der Fall sein, denn auf jeden Fall wird verlangt, daß die amtlichen Berufsvertretungen als die maßgebenden Organe für die Regelung des Lehrlingswesens, innerhalb der einzelnen Berufsgruppen beizubehalten sind.

Wer sind nun diese amtlichen Berufsvertretungen? die Handwerkerkammern, die Innungen und sonstigen Vertreter des Handwerks, die auf Grund des obigen Programms gefordert werden.

Es ist kaum notwendig, hier die Rolle näher zu schildern, die unsere Gesellensauschüsse bisher in den Handwerkerorganisationen zu spielen gezwungen waren. Wenn die Gewerbeordnung nicht abgeändert wird und die Handwerker tun sicher alles, was in ihren Kräften steht, um es zu verhindern, dann bleiben die Gesellensauschüsse auch weiter was sie bisher waren, Scheinvertretungen der Arbeiter, die keinen Einfluß haben.

Wir ersehen daraus, daß die schöne Geste der paritätischen Vertretung der Arbeiter in den „amtlichen Berufsvertretungen“ nicht viel bedeuten kann, wenn alles bleibt wie es jetzt ist.

In die Moderluft der alten Zunft- und Handwerkerkreise muß ein kräftiger Wind hineinblasen, sonst kommen wir nicht vorwärts. Lassen wir uns deshalb keinen Sand in die Augen streuen, durch solche Scheinkonzessionen, wie paritätische Vertretung der Arbeiter. Injere berufene Vertreter sind die Vertreter der Organisation. Trachten wir deshalb danach, daß unsere Organisationen anerkannt werden und anerkannt bleiben.

Das erreichen wir natürlich am besten dadurch, daß wir keine unorganisierten Berufsgruppen mehr dulden, sondern alle im Verband zusammenfassen.

### Die Wirtschaftslage.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ für den Monat Mai ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, und zwar von 2,0 v. H. auf 2,7, nach den Berichten von 31 Fachverbänden (gegen 34 im Vormonat). Am schwersten betroffen ist die Leder- und die Möbeldindustrie ebenso die Konfektion. Die Aussichten sind ungunstig und mit einer Besserung nicht zu rechnen. Alles wird von der Verhinderung weiterer Steigerung der Rohlenpreise abhängig sein. Im Monat Juni ist inzwischenden die Lage noch schlechter geworden. Während z. B. im Mai die Lage in der Maschinenindustrie, Lokomotivbau usw. noch als gut bezeichnet wird, hat sich inzwischenden eine entschiedene Verschlechterung bemerkbar gemacht.

Im Automobilbau wird die Beschäftigung noch als zufriedenstellend bezeichnet, wenn auch bereits das Nachlassen von Aufträgen bemerkt wurde.

In den Möbelfabriken sind nur einige Großbetriebe noch in voller Tätigkeit, die Läger sind mit Durchschnitzware überfüllt.

Einem Artikel im „Hamburger Echo“ entnehmen wir, daß die Hamburger Konfektionsgenossenschaft Produktion in Lauenburg eine Ziegelei angekauft und modern eingerichtet hat, so daß täglich 24 000 Ziegel hergestellt werden können. Man wollte in erster Linie Hamburg versorgen. Doch als der Versand der Steine beginnen sollte, erklärten die Behörden: es fehlen die Mittel, Ziegel abzunehmen, und gab den Rat, schiebt sie an das Ausland ab. Die Vermittlung eines Zwischenhändlers, dem dafür 8 Proz. Verdienst hätten zugesichert werden müssen, meint der Artikelsschreiber, hätte vielleicht dazu geführt, daß wir die Ziegel los geworden wären, da das aber nicht geschah, mußte der Betrieb eingestellt werden.

Man darf gespannt sein, was die Arbeitervertreter im Hamburger Senat und die der Bürgerschaft hierzu zu melden haben. Sollte wirklich an den Behauptungen verschiedener Opponenten und Querulanten etwas Wahres sein, daß viele Arbeitervertreter mit dem Augenblick, wo sie einflußreiche Posten erlangt haben, vielfach vergehen haben, daß des Volkes Wohl höchstes Ziel ihrer Handlungen sein soll? Was mag die Landeputation von der Sache wissen im Zeichen der Wohnungsnot?

### Streik der Tapezierer in Gera.

Nach sechs Wochen haben wir mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage den Kampf eingestellt. Wir konnten unsere Forderungen nicht reiflos durchbringen. Die Unternehmer glauben ja die Macht jetzt in Händen zu haben. Der Schiedspruch gewährte uns 40 Proz. Aufschlag. Die Unternehmer lehnten denselben ab. Wir nahmen die Arbeit mit 20 Proz. Lohnaufschlag wieder auf, ohne Verbindlichkeit. Gleichzeitig beantragten wir beim Demobilisierungskommissar den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Da bekamen die Innungsleiter doch Angst; in einem Schreiben an den Demobilisierungskommissar baten sie die Verbindlichkeit nicht zu erklären, da ja der Streik beendet sei. Wir erhoben sofort Einspruch. Aber was kann man vom bürgerlichen Juristen erwarten. Wir lassen das Antwortschreiben wörtlich folgen:

Der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung in den Thüringischen Staaten.  
Nr. D. 5151/20.

Weimar, den 19. Juni 1920.  
Den Schiedspruch vom 5. Mai 1920 in der Sache Verband der Tapezierer gegen Tapezierer-Zwangsinnung zu Gera, kann ich nicht für verbindlich erklären.

Gründe: Der Schiedspruch gewährt den Tapezierern Stundenlöhne von 2,55 Mk., 3,80 Mk., 4,50 Mk. und 5,20 Mk. je nach dem Alter. Alle über 23 Jahre alten und verheirateten Arbeitnehmer sollen 5,20 Mk. erhalten. So hohe Löhne sind trotz der herrschenden Teuerung nicht gerechtfertigt. Andere Städte mit gleichen Lebensverhältnissen haben erheblich geringere Löhne. So wird für den Monat Mai in Weimar als Spitzenlohn 4,40 Mk., in Jena, wo die Lebenshaltung mindestens so kostspielig ist wie in Gera, 4,60 Mk. gezahlt. Auch mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende schwierige Geschäftslage halte ich eine Erigerung der Löhne bis auf 5,20 Mk. nicht für angebracht und die Arbeitgeber nicht für fähig, die Löhne zu zahlen. Ich bitte die Parteien entsprechend zu beschließen.

J. B.: gez. Dr. Hanschild.

Unsere Forderung muß lauten: Raus mit solchen Juristen aus den Bureaus, wo über Arbeiterfragen entschieden wird. Diese Kenner sollen nur mit wirklichen Volkswirtschaftlern besetzt werden. Zum Streik selbst ist zu sagen, daß es leider unter solcher kleinen Schar auch Streikbrecher gibt. Zwei „Wertmeister“ — den Titel haben sie sich im Fall eines Falles zulegen lassen — mußten wir wegen Streikbruch aus dem Verbands ausschließen. Daß sich darunter ein früherer Führer des Tapeziererverbandes befindet, darf der Allgemeinheit nicht vorenthalten werden. Es ist Franz Nöbler, der 15 Jahre lang Lokalbeamter in Leipzig und Leiter des Mitteldeutschen Gaues war. Da kann sich jeder Kollege selbst ein Urteil bilden. Auch Streikpöter sind zu verzeichnen. Einige Innungsleiter haben gut gearbeitet um dies zustande zu bringen. Man will die örtliche Leitung treffen, das ist ja begreiflich. Interessante Gerüchte über unseren Vorsitzenden, aus einer Innungsversammlung stammend, werden verbreitet. Anknüpfend aus Angst vor einer sozialen Genossenschaft. Solcher Kaffeekränzchentradition ist echt kleinfränkisch! Es ist bedauerlich, daß es auch noch Kollegen gibt, die solchem Quatsch Wert beilegen, die glauben machen wollen, unser Vorstand sei aus persönlichen Gründen gemißregelt. Damit suchen sie ihr Echnmüßsystem zu verbergen, denn sie konnten ja gar nicht schnell genug an die Arbeitsstelle kommen. Sie haben es bis dato noch nicht für nötig erachtet,

Korrespondenzen.

Berlin. (10. 7.) In den letzten Versammlungen der Reichsarbeitsgemeinschaft und deren Erfolge für das Gemeinwohl besprochen. Und das ist begreiflich. Denn die Arbeitsgemeinschaften sollen neben der Lösung der Fragen in der Industrie auch die damit verknüpften Fragen der Sozialpolitik lösen. Dazu wäre jetzt die beste Gelegenheit. Nach einer Zeit ungenügender Gewinne ist ein Rückschlag gekommen, der für die Arbeiter noch dadurch verschärft wird, daß die Unternehmer rücksichtslos die Betriebe schließen bzw. den Arbeiterbestand stark reduzieren. Nach Kriegsende hatten wir die Möglichkeit, dieses in weitestem Maße zu verhindern. Ja, die Unternehmer konnten gezwungen werden, sogar Einstellungen vorzunehmen. Entschädigungen und Abfindungen verminderten die Leiden der Arbeiter. Dazu kam die Erwerbslosenunterstützung, die damals vor dem äußersten schützte, heute aber in derselben Höhe im Vergleich zu den damaligen Lebensmittelpreisen unmöglich ausreicht. Pflicht der Reichsarbeitsgemeinschaften wäre es gewesen, hier Auswege zu finden. Aber das Interesse der Unternehmer ist nur rege, wenn es gilt, Beschränkungen des Unternehmergewinns zu Fall zu bringen. Wir müssen wieder kalkulieren lernen!" rief kürzlich in Frankfurt a. M. ein Fabrikant aus. Es war eben zu leicht, die Ware los zu werden. Die Abnehmer zahlten jeden Preis. Daß der Arbeitslohn im Verhältnis zum Verkaufspreis teilweise 2 Proz. und darunter ausmachte, zeigt deutlich, daß unsere Forderungen auf Entschädigung für Kurzarbeiter und Entlassene keine Produkte der Phantasie waren.

Die bisherige Unfähigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft, etwas Ersprießliches für das Gemeinwohl zu schaffen, muß Anlaß sein, in allen Orten diese Frage zu diskutieren, damit nicht unnütz Geld verthan wird und falsche Auffassungen Platz greifen.

In der Versammlung am 5. Juli vermochte sich niemand zu einer Verteidigung aufzuschwingen. Selbst Kollegen, von deren Parteilichkeit man das Gegenteil annehmen konnte, stimmten mit den prinzipiellen Gegnern überein. Gottschalks Meinung, in der Generalversammlung die ganze Frage aufzurollen, wurde begrüßt. Dabei hob er hervor, daß es Pflicht der Organisationsleitung sei, etwas, was sich nicht betrährt, in aller Öffentlichkeit zu beren. Wie dies zu geschehen habe, war man sich nicht ganz einig. Während Kollege Gottschalk von Berlin den Austritt fordert, vertritt Blume den Standpunkt, in der Gesamtheit vorzugehen und im neuzuschaffenden Beirat den Beschluß zu fassen. Jedemfalls muß sich die Kollegenchaft klar zu diesen Dingen stellen; der Zeitpunkt ist dazu geschaffen.

Ueber die Verhandlungen vor dem Tarifamt, über die Gottschalk berichtete, ist in der vorigen Zeitung ein ausführlicher Bericht nachzulesen. Er betonte unter anderem, daß es mehr eine Gewaltkrise sei, und die Lage nicht so trostlos sein brauchte. Die Schuhindustrie habe 40 Proz. für die Kurzarbeiter bewilligt. Trotzdem die Lederwarenfabrikanten nicht weniger verdient hätten, haben sie nichts bewilligt. Je nach Leistungsfähigkeit sollen die Fabrikanten zahlen. Dabei sind Beweise vorhanden, daß gerade die stärksten Betriebe das wenigste gezahlt haben.

In der Diskussion, die sich eingehend mit der Reichsarbeitsgemeinschaft beschäftigte, wurden verschiedene Mängel des Reichstarifes aufgezeigt, die Haltung der Unternehmer scharf kritisiert und die Leitung auf verschiedene Unterlassungen aufmerksam gemacht. Zum Beispiel gleicher Anfang und Schluß der Arbeitszeit für alle Betriebe. Ein Antrag der Kommission, wonach Ehefrauen, die infolge der „guten Konjunktur“ streppen konnten, jetzt aufhören müssen, wenn der Mann arbeitet, wurde angenommen mit dem Zusatz, daß in Streitfällen die Ortsverwaltung entscheiden muß. Nachdem noch die Wahl eines Mitgliedes zum Vergütungsausschuß erfolgt war, folgte Schluß der stark gelichteten Versammlung. Aug. Blume.

Bremen. Zwecks Gründung einer Lehrlingsabteilung waren am 1. Juli die Lehrlinge nebst Eltern eingeladen. Es waren 10 Lehrlinge erschienen. Kollege Haupt begrüßte die Lehrlinge und hieß sie herzlich willkommen. Es ist noch sehr viel Arbeit zu tun, um das Los der Lehrlinge zu verbessern. Er ermahnte die Anwesenden, rege mitzuarbeiten und die noch fehlenden Lehrlinge der Organisation zuzuführen. Die Lehrlinge wurden in die Lehrlingsabteilung aufgenommen.

Franz Osterburg.

Chemnitz. (E. 10. 7.) Versammlung vom 3. Juli. Ein Vortrag über: „Valuta, Krise und Arbeitseinschränkung“ wurde beifällig aufgenommen. Ein Antrag Gaudlich wird angenommen, der die Ortsverwaltung beauftragt, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten, wie bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit Entlassungen verhindert werden können. Kollege Braun hat das Amt als Bezirksleiter und Ortsbeamter angetreten. Bureau im Volkshaus, Geschäftsstunden täglich 4-6, Sonnabends 10-12 Uhr. Arbeitsnachweis täglich außer Sonnabends vorm. 8-9 Uhr im bisherigen Lokal. Für auswärtig wohnende Kollegen soll alle Vierteljahre eine Versammlung stattfinden. Beginn 5 Uhr. Unsere Forderungen sind mit Ausnahme der Ferien von den Unternehmern glatt abgelehnt worden. Die Lohnkommission wird beauftragt, neue Verhandlungen anzubahnen. Hierzu wurden neugewählt: Anger, Wolf, Musler, Benke, Kusche und Scholz. Buschmann.

Düsseldorf. (E. 12. 7.) Versammlung vom 6. Juli. Gering eröffnet die Vollversammlung, zu der sich ganze 73 Mitglieder eingefunden hatten. Als Weißer zum Gewerbeamt wurden Welschert und Kiefert, für die Ortskrankenkasse v. b. Vogand und Weibes gewählt. Welschert gibt den Kartellbericht. Es wird erwartet, daß die Lokale, deren Besitzer sich weigern, ihren Angestellten vom Streik her Sprechfreiheit widerfahren zu lassen, gemieden werden. Kiefert ergänzt diesen Bericht. Dann entspinnt sich eine lange Debatte, in der die politischen Differenzen die Hauptrolle spielen. Welschert behauptet, daß die Union den Streik der städtischen Arbeiter verloren hat. Jorzi erklärt, daß dies zu begrüßen sei, damit die Union einsehe, daß es nicht gut sei, gegen die freie Gewerkschaft zu arbeiten. Die Union sei hausieren gegangen, um Mitglieder zu erwerben, wobei auf die niedrigen Beiträge gepocht wird. Flüge trägt an, weshalb die „freie Presse“, das Organ der S. P. D., vom Kartell boykottiert wird. Darauf wird erwidert, daß eine teilweise Aufhebung erfolgt sei, und zwar durch geheime Abstimmung (66 gegen 31 Stimmen). Welschert legt seinen Posten nieder, wird aber wieder als Kartelldelegierter gewählt. Die Anwesenden zeigten wenig Interesse für ein Versammlungsfest. Es dürfte die große Arbeitslosigkeit die Stimmung dafür ein wenig gedreht haben. Ob das Fest endgültig ausgesetzt ist, werden die nächsten Wochen zeigen. Kettner und Glaser erklären, es sei sehr schwer, die Lehrlinge zu gewinnen. Es soll eine Hausagitation bei den Eltern vorgenommen werden. Sattler Liebeskind möchte wieder aufgenommen werden, da er aber in verschiedenen Städten Streikbrecher war, wird der Antrag abgelehnt. Friß Vogt.

Spanbau. (E. 10. 7.) Versammlung vom 7. Juli. Der Kassenbericht war sehr günstig; der Lokalkasse verbleibt ein Betrag von 690,50 Mk. nach Deckung der vielen Anschaffungen. Mitgliederzahl 156 männliche, 1 weiblich. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt und seine Entschädigung wird von 5 auf 7 Proz. erhöht. Dann hielt A. Bilster einen Vortrag über „Wirtschaftspolitik“, der Beifall fand. Der Bericht der Agitationskommission fiel aus, es war kein Mitglied derselben anwesend. Auf Antrag soll eine Neuwahl stattfinden. P. Becker.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Die Sperre über die Firma Jordan und Hartmann ist aufgehoben.

Rundschau.

8 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Nach einer bei den Vorständen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in diesen Tagen veranstalteten Umfrage hat die Mitgliederzahl des A. D. G. B. die Zahl von 8 1/2 Millionen überschritten. Davon zählen 14 Verbände über 100 000 Mitglieder, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Transportarbeiter (600 000), Textilarbeiter (504 000), Bauarbeiter (500 000), Eisenbahner (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angehülte (400 000), Gemeindefarbeiter (291 217), Schneider (157 000), Tabakarbeiter (110 000) und Schuhmacher (100 000). Diese 14 gewerkschaftlichen Großmächte umfassen zusammen 7 068 000 Mitglieder oder 85,6 Proz. der gesamten Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Reichsschulden. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat die Gesamtschulden des Reichs (ohne Einzeleinkommen- und Kommunalsschulden) auf 265 Milliarden Mark beziffert. Vor dem Kriege wurde die Schuldenlast von 5 Milliarden bereits als unerträglich hoch bezeichnet. In Spa soll nun noch die Kriegskostenrechnung vorgelegt werden. Wie soll diese Bankrottwirtschaft zur Gesundung gebracht werden?

Möbelhändlerprofit. Die „Solzarbeiterzeitung“ schildert den Wucher, den die Händler in der Möbelbranche schon immer getrieben haben und immer noch treiben. Sie pressen nicht nur den kleinen, kapitallosen Tischlermeister aus wie eine reife Zitrone, sondern auch das verehrliche Publikum. Im Möbelhandel werden 50 Proz. als Gewinn, auf den Einkaufspreis als Normalmaß berechnet. In Zeiten der Hochkonjunktur haben sie 100 und mehr Prozent verdient. Die jegige Stodung komme dem Herzen sehr erwünscht, denn dadurch sind sie in der angenehmen Lage, ihre Magazine, wenn auch langsam, so doch mit gutem Nutzen zu räumen.

Der Möbelhändlerverband will den Fabrikanten Kredite gewähren unter der Bedingung, daß für längere Zeit die Erzeugung eingestellt wird. Dadurch erzielen sie, daß die Fabrikanten in größere Abhängigkeit geraten und sichern sich die Möglichkeit, den hohen Profit noch weiter beziehen. Kurz gesagt, man setzt alles daran, um ein Sinken der Preise zu verhindern, mag das Volk sehen, wie es zurechtkommt ohne Möbel, wenn es nicht zahlen kann. Eine verrückte Welt. Und so gehts auf allen Gebieten unserer Wirtschaft.

Bücherschau.

Dr. Herbert Hirschberg, Steuerführer. Die neuen Einkommen- und Vermögenssteuern in gemeinverständlicher tabellarischer Uebersicht. Preis 3,60 Mk. Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43/44.

Sermann Müller, Kommentar zum Reichsvorsorgengesetz. Preis 7 Mk. Vorwärtsdruckerei, Verln a. B. 68. Ein praktischer Ratgeber in allen Fragen der Militärversorgung.

Verbandsnachrichten.

Filiale Schweinfurt bittet um Angabe der Adresse des Tapezierers Karl Rainl, geboren am 8. September 1879 in Stuttgart.

Versammlungskalender.

Nachen. Jeden zweiten Freitag im Monat findet unsere Versammlung im Brauhaus Wirtz, Jakobstraße 16, ersten Saal, statt.

Filiale Berlin. Am Montag, den 19. Juli 1920, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1: Vertrauensmännerversammlung. Sämtliche Funktionäre des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes müssen anwesend sein. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel.

Kuppenheim i. Baden. Am 30. Juni verchied der Kollege Otto Schmitt im Alter von 19 Jahr. an Blinddarmentzünd. Nürnberg. Verstorben sind unsere langjährigen treuen Mitglieder Lin a D i r s c h an Kopfrippe, Lina D r e i s c h an Kopfrippe, Lina D r e i s c h an Kopfrippe. Offenbach. Gefallen im Felde (wie nachträgl. gemeldet wird) Peter Adolf Roth aus Lammerspiel, 26 Jahre alt. Ihre ihrem Andenken!

Zentralkrankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsangehörige Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Roststr. 5/6, bei A. Sasse:

Halbjahresversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Halbjahr 1920. — 2. Neuwahl des halben Vorstandes. — 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Tüchtiger, selbstständiger Werkmeister

für Reiseartikel und Sattlerwaren, spez. Maulbügelstaschen, City-Wags, Suit-Cases, Holzstoffer, zum sofortigen Eintritt von Lederwarenfabrik gesucht. Offerten von Herren, die mit der Branche vollständig vertraut sind und Erfahrung in der Leitung eines Betriebes nachweisen können, unter Einsendung von Zeugnisabschriften und Aufzählung von Referenzen erbet. unt. Chiffre W. 200.

Sattler

durchaus firm in der Herstellung von sämtlichen Rund- u. Kordelschnüren per sofort oder später für dauernde Beschäftigung verlangt. Gest. Offerten unter A. B. 100 an die Exped. d. Bl.

Dringend! Dringend! Sattlerei und Tapezierwerkstatt, sichere Existenz für Anfänger, 8 Jahre bestehend, mit sämtl. Inventar, fruchtbarer billigt veräußert. Off. an Franz Topolsky, Berlin C., Elisabethstr. 89